



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Michael Busch, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Konzept zur Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen vorlegen – Beseitigung des Lehrermangels konsequent angehen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag zu berichten, welche Maßnahmen zur Rekrutierung von Lehrkräften erfolgreich waren und ob die 1 400 Stellen für Lehrkräfte zum nächsten Schuljahr besetzt werden können,
2. dem Landtag ein Konzept vorzulegen, wie die Unterrichtsversorgung in Grund-, Mittel- und Förderschulen in diesem und im nächsten Schuljahr sichergestellt werden soll,
3. Lehrkräfte von den Aufgaben der Notbetreuung zu entlasten und
4. zu berichten, in welcher Form bei den Maßnahmen die Betroffenen sowie Gewerkschaften, Verbände und Personalvertretungen eingebunden wurden, zum Beispiel in Form eines Runden Tisches.

Begründung:

Schon vor der Corona-Krise stand im Raum, dass mindestens 1 400 Stellen im Schulbereich nicht besetzt werden konnten. Die Staatsregierung hat durch ein Maßnahmenpaket versucht, diesem Mangel entgegenzuwirken. Ob die Rekrutierungsversuche in vollem Umfang erfolgreich waren und sind, ist bisher dem Landtag nicht übermittelt worden und muss berichtet werden.

Zu diesem ohnehin eklatanten Mangel an Lehrkräften kommen nun weitere 4 625 Grundschullehrkräfte, die aus unterschiedlichen Gründen coronabedingt nur mit Einverständnis der Betroffenen für die Präsenzunterrichtsversorgung zur Verfügung stehen. Insbesondere diejenigen Lehrkräfte, die aufgrund ihres Alters und ihrer Vorerkrankungen längerfristig keinen Präsenzunterricht übernehmen können, werden fehlen. Das vom Staatsminister für Bildung und Kultus, Prof. Dr. Michael Piazol, für das nächste Schuljahr in Aussicht gestellte Wechselsystem aus Präsenzunterricht und Lernen zuhause in Verbindung mit der Notbetreuung verlangt von den Lehrkräften und Schulleitungen enormen Einsatz, weil gerade an den kleinen Schulen die coronabedingt zum Teil halbierten Kollegien die Arbeit mitmachen müssen. Das kann keine Dauerlösung sein und bedarf anderer Herangehensweisen. Zumindest in der Besetzung der Notbetreuung kann der Freistaat mit den Trägern von Mittagsbetreuungen und Ganztagsangeboten zu kooperativen Lösungen kommen und die Kosten auch in der unterrichtsfreien Zeit übernehmen.